



## Berner Politik

# Späte Anerkennung

**Silva Semadeni**  
über die Schicksale  
von Verdingkindern



Es verstecken sich unglaubliche Geschichten hinter den Schicksalen von Verdingkindern und Opfern der fürsorglichen Zwangsmassnahmen. Der neue Schweizer Film «Lina», der am 24. Januar an den Solothurner Filmtagen Premiere feierte, zeigt ein solches Schicksal auf eindrückliche Weise auf.

Die junge, rebellische Lina wird in den späten Sechzigerjahren Opfer fürsorglicher Zwangsmassnahmen und begegnet erst rund 40 Jahre später ihrem Sohn, den sie im Gefängnis gebären und zur Adoption freigeben

musste. Es ist eine berührende Geschichte. Zwangsversorgungen erfolgten bis 1981, bis sie die Europäische Menschenrechtskonvention verbot. Über 50 000 Menschen wurden gegen ihren Willen «versorgt», ohne richterliches Urteil und ohne Rekursmöglichkeit.

Am 19. Dezember 2014 haben 200 ehemalige Verdingkinder und Opfer von fürsorglichen Zwangsmassnahmen in Bern die «Wiedergutmachungsinitiative» eingereicht. Nun ist sie im Parlament behandlungsreif. In der Sondersession im April befasst sich der Nationalrat damit. Das Unrecht, das Verdingkinder und andere Opfer von fürsorglichen Zwangsmassnahmen erlitten haben, wird heute allgemein anerkannt. Auch die politische Würdigung hat sich in Bern und in den Kantonen grundlegend geändert. Nach Einreichung der Wieder-

gutmachungsinitiative hat der Bundesrat im Rekordtempo einen indirekten Gegenentwurf ausgearbeitet. Dass sogar die Finanzkommission des Nationalrates mit der Vorlage einverstanden ist, zeugt von Einsicht in die Notwendigkeit. Der Gegenentwurf führt schnell zum Ziel, was besonders wichtig ist angesichts des Alters vieler Opfer. Pro Person soll ein Beitrag um die 25 000 Franken ausbezahlt werden – nicht als Entschädigung für erlittenes Unrecht, sondern als Zeichen der Solidarität, worauf viele Opfer seit Jahren warten. Wenn das Parlament die Vorlage nicht verwässert, könnte die Initiative zurückgezogen und das Bundesgesetz mit der späten Anerkennung schon im Februar 2017 in Kraft gesetzt werden.

\* Silva Semadeni, Bündner SP-Nationalrätin, Co-Präsidentin der parlamentarischen Gruppe «Fürsorgliche Massnahmen».